

Übersandt am 25.04.2015

von Frauke Petry, eine der drei Parteisprecher der AfD und Vorsitzende der AfD Sachsen

Stellungnahme Alternative für Deutschland zum Bündnis „Rettet die Familie“

In der AfD hat die Familienpolitik eine zentrale Bedeutung. Viele unserer Mitglieder haben zwei, drei oder mehr Kinder und wissen aus eigener Erfahrung, mit welchen Schwierigkeiten Familien in Deutschland heutzutage zu kämpfen haben. Die programmatischen Diskussionen laufen über die Fachausschüsse auf Landes- und Bundesebene und tragen so die familienpolitischen Vorstellungen der Basis in das Bundesprogramm der AfD. Bisher wurden Positionen zum Familienleitbild, zur frühkindlichen Betreuung und zur leistungsgerechten Anerkennung der Erziehungsarbeit verabschiedet. Es ist klar zu erkennen, dass sich die familienpolitischen Ansätze der AfD fundamental von denen der etablierten Parteien unterscheiden.

Die Alternative für Deutschland möchte elterliche und elternhausnahe Erziehung stärken und spricht sich gegen die einseitige staatliche Bevorzugung von Krippenbetreuung aus. Eine tatsächliche Wahlfreiheit in der frühkindlichen Betreuung ist erst gegeben, wenn alle Betreuungsformen wirtschaftlich realisierbar sind und junge Eltern neben der institutionellen Betreuung auch auf ein breites Angebot an individuellen, familiennahen Betreuungsformen zurückgreifen können. Für die Eltern, die sich dafür entscheiden, ihr Kleinkind selbst zu betreuen, darf daraus kein gravierender wirtschaftlicher Nachteil entstehen. Erklärtes Ziel der AfD ist es, die gesamtgesellschaftliche Leistung von Eltern durch die Geburt, Versorgung und Erziehung von Kindern nicht nur ideell, sondern auch materiell anzuerkennen, wozu der Gesetzgeber durch das Bundesverfassungsgericht bereits verbindlich aufgefordert wurde (BverfG, 2 BvR 1057/91). Gleichzeitig hält die AfD ein Umdenken in der Arbeitswelt für notwendig, damit elterliche Berufstätigkeit nicht zu anhaltender Überlastung und Gewissenskonflikten führt. Eine tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nur gegeben, wenn junge Eltern genügend Zeit mit ihrer Familie verbringen können. Kernforderung der AfD ist es daher, Eltern kleiner Kinder den finanziellen und arbeitsmarktlichen Druck zur doppelten Berufstätigkeit zu nehmen und den Bedürfnissen unserer Kinder nach individueller Betreuung Rechnung zu tragen.

Somit decken sich die fünf Forderungen des Bündnisses „Rettet die Familie“ im Wesentlichen mit den familienpolitischen Ansätzen der AfD. In Bezug auf ein reformiertes Elterngeld sehen wir allerdings eine vollständige Abkopplung von einer früheren Erwerbstätigkeit als diskussionsbedürftig an, da das Erlangen einer Berufsausbildung und die Teilhabe am Arbeitsmarkt ebenfalls gesellschaftliche Würdigung erfahren sollte. Auf keinen Fall darf sich ein Elterngeld aber an dem Einkommen vor Geburt des jeweiligen Kindes orientieren und damit Mehrkindfamilien diskriminieren. Insofern unterstützt die AfD den Ansatz des Bündnisses „Rettet die Familie“, die Höhe der staatlichen Transferleistungen an Anzahl und Alter der Kinder zu orientieren und einkommensschwache Familien zu unterstützen. Mit derselben Stoßrichtung ist aus unserer Sicht eine Reformierung des Renten- und Steuerrechts notwendig.

Ein weiteres mit der Familienpolitik verknüpftes Thema ist das Gender Mainstreaming, das die AfD als Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das Elternrecht auf Erziehung ablehnt.